

Dorf unter Strom

Martin Bünnagel

■ **Mit der Reform des Klimaschutzgesetzes und einem Solarpaket hat die Bundesregierung Mitte April dieses Jahres einen stärkeren Fokus auf Photovoltaik (PV) gelenkt. Doch Kommunen im ländlichen Raum stehen bereits enorm unter Druck, dem Ansturm durch PV-Investoren gerecht zu werden. Die Erfolgsgeschichten der Windenergie geraten in den Hintergrund. Es droht ein Ausverkauf von landwirtschaftlichen Flächen.**

Als sei das Land pures Gold, das Windrad ein Förderturm und die Sonne ein Schmelztiegel, so fiebern Investoren im Jahr 2024 der Zukunft entgegen – mit Windenergie, aber vor allem mit Photovoltaik und einem Ansturm auf Hektar und Flächen. Die Energiewende im Jahr zwei nach Putins Kriegsbeginn gegen die Ukraine elektrisiert weiter das Land und erhitzt die Gemüter.

Als im April rund 100 Verwaltungsmitarbeiter und Bürgermeister aus Verbänden und Gemeinden in Rheinland-Pfalz nach Neustadt reisten, war die Aufregung groß. Die Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd hatte geladen, um die kommunalen Vertreter über Freiflächen-Photovoltaik (PV) und kommunale Planungs- und Genehmigungsprozesse zu informieren. »Klimaschutz durch Bauleitplanung« – lautete der Titel der Veranstaltung der SGD Süd. Für die Beteiligten wurde es ein Rendezvous mit der Realität.

Investoren belagern Kommunen

So wie in Rheinland-Pfalz belagern Photovoltaik-Investoren die Bauämter überall in der Republik. Erkundigen sich, welche Flächen ausgewiesen werden, wie weit die Planungen sind, wenden sich an die Verwaltung, nachdem sie sich längst mit den Eigentümern der Flächen handelseinig geworden sind, um anschließend nur noch die Baugenehmigung einzuholen, berichten die Verwaltungsvertreter der Bauämter der Gemeinden in Rheinland-Pfalz.

Die Kommunen würden gegenüber den Investoren nur auf Zuruf agieren, während die Frage, auf welchen Flächen PV-Anlagen entstehen dürfen, umstritten und für die Verwaltung nicht immer eindeutig zu beantworten sei. Kommt es zu Genehmigungen, dann oft mit dramatischen Folgen für die Landwirtschaft in den betroffenen Gebieten.

Nicht nur in Rheinland-Pfalz berichten Landwirte, dass sich Eigentümer von Ackerflächen in jüngster Zeit anders verhalten. Aktuell können oft keine langfristigen Pachtverträge mehr abgeschlossen werden, da die Flächeneigentümer auf lukrative Angebote von PV-Anlagen-Projektierern hoffen. Bis zu 3.000 Euro Pacht bieten PV-Investoren derzeit den Landbesitzern pro Hektar und Jahr. Und damit fast das Zehnfache an Einnahmen, die eine Verpachtung an

die Landwirtschaft bietet – die im Durchschnitt bei rund 400 Euro liegt.

Wem gehört das Land?

Über die Eigentumsverteilung von Grund und Boden ist in Deutschland bislang kaum etwas bekannt. Und ein Hektar ist eine abstrakte Größe. Sie entspricht in etwa der Fläche von 0,71 Fußballfeldern. Im Grundbuch werden die Eigentümer von Flächen flurstücksbezogen dokumentiert, allerdings ohne einen eindeutigen Identifikator wie eine Steuernummer. Doch das Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig hat in einer »Untersuchung der Eigentumsstrukturen von Agrarflächen in Deutschland« ermittelt, dass die meisten Eigentümer von Flächen eben keine Landwirte sind.

Laut der Studie bilden nichtlandwirtschaftliche natürliche Personen mit 49 Prozent im Durchschnitt die größte Eigentümergruppe der Agrarflächen. Landwirtschaftlichen Betrieben sind 40 Prozent der Fläche zugeordnet. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern zählten aber auch große GmbHs und Genossenschaften dazu. Bund, Land, Kommunen und Kirchen gehören durchschnittlich 10 Prozent, je nach Gemeinde zwischen zwei und 30 Prozent, teilte das Thünen-Institut mit.

100.000 Hektar für Photovoltaik bis 2030

Für den geplanten Ausbau der erneuerbaren Energien und die Erreichung der Klimaziele, insbesondere durch Freiflächen-Photovoltaik, werden in Deutschland bis 2030 laut Thünen-Institut mehr als 100.000 Hektar Freifläche benötigt – das sind 140.000 Fußballfelder, in etwa die Fläche Berlins (90.000 Hektar). Bis 2040 insgesamt 280.000 Hektar. Das Saarland ist rund 250.000 Hektar groß. Zum Vergleich: Je nach Windenergie-Anlage versiegelt ein Windrad etwa ein Drittel Hektar. Um Klimaneutralität zu erreichen, in erster Linie durch Windkraft, würden laut Thünen-Institut 70.000 bis 100.000 Anlagen benötigt, mit einem Flächenbedarf von 20.000 bis 30.000 Hektar.

Dirk Neubauer, Landrat in Mittelsachsen, sagt, das Land befinde sich in der Energiewende. Es sei nur die Frage, ob diese mit einer Bürgerbeteiligung und zum Nutzen der Bürger vor Ort erfolge oder von jemand anderem diktiert werde. Im Landkreis Mittelsachsen will Neubauer bis zu 1.000 Hektar Fläche für Solaranlagen nutzen, um die Energieprobleme seines Landkreises zu lösen. Es wäre damit die bislang größte Solarstrom-Anlage in Deutschland. Neubauer verweist dabei auf die Chancen für die Gemeinden und Bürger. Es hätten sich erste Kommunen bei ihm gemeldet, die verstanden hätten, dass eine Beteiligung für einen 20 Jahre langen Rückfluss Sorge.

Energiemix in Feldheim

Im brandenburgischen Feldheim, einem 130-Einwohner-Dorf auf halber Strecke zwischen Leipzig und Berlin, würde Neubauers Vorstoß auf breite Zustimmung stoßen, allerdings mit einigen Einschränkungen. Denn die Feldheimer sind schon lange im Energiegeschäft, bereits seit Anfang der 1990er Jahre. Für sie lag im Mix aus Biogas, Windkraft und Photovoltaik der richtige Weg. Und Bürgermeister Michael Knappe schwebt für die Energiewende in Deutschland eher eine Energieversorgung aus vielen kleinen, lokalen Systemen vor.

Feldheim ist eines der wenigen energieautarken Dörfer der Republik mit einer Strom- und Wärmeversorgung zum Selbstkostenpreis. Denn die Einwohner sind Anteilseigner des wahrscheinlich kleinsten Energieversorgers der Republik, der Feldheim Energie GmbH. Sie betreibt heute 55 Windkraftanlagen, eine Biogasanlage, ein Blockheizkraftwerk, eine Photovoltaik-Anlage mit 9.844 Modulen, ein eigenes Nahwärme- und Stromnetz und ein Regelkraftwerk zur Sicherung der Netzfrequenz.

Die produzierten Strom-Überschüsse speisen die Feldheimer ins öffentliche Netz ein. Die Windräder liefern Strom für über 50.000 Haushalte, der Solarpark deckt den jährlichen Bedarf von rund 600 Haushalten. Die Biogasanlage produziert mit Gülle, Roggenschrot und Maissilage Biogas. Das integrierte Blockheizkraftwerk erzeugt daraus Strom.

Für die Bauern in der Region ist die Belieferung der Biogas-Anlage finanziell attraktiv. Sie bewirtschaften 2.000 Hektar Land, 30 Einwohner im Ort leben von der Landwirtschaft. Es wurde ein Forschungs- und Bildungszentrum gegründet. Ökotouristen aus aller Welt besuchen alljährlich den Ort. Im brandenburgischen Feldheim herrscht Vollbeschäftigung.

Millionen in Mörsdorf

Auch Mörsdorf in Rheinland-Pfalz setzt auf Tourismus – mit einer der spektakulärsten Fußgänger-Hängebrücken Europas, der Geierlay. Finanziert mit Windenergie. Als es im brandenburgischen Feldheim Anfang der 1990er Jahre bereits losging mit Strom, lag die Arbeitslosenquote im Rhein-Hunsrück-Kreis noch bei 8,3 Prozent. 14 Häuser standen in Mörsdorf leer. Junge Familien zogen weg, Kindergärten und Schulen standen vor der Schließung. Sterbende und verschuldete Orte prägten den Landkreis.

Doch seit sechs Jahren liefern 279 Windräder im Rhein-Hunsrück-Kreis Strom für 300.000 Haushalte. Insgesamt decken Biomasse, Photovoltaik und Windkraft jährlich 337 Prozent des Bedarfs. Dadurch konnten die 137 Gemeinden des Landkreises 100 Millionen Euro Rücklagen bilden.

Im einst sterbenden 650-Einwohner-Ort Mörsdorf wurde 2014 das erste Windrad gebaut. Heute produzieren 12 Anlagen Strom. Jährlich zahlen die Betreiber der Gemeinde rund 315.000 Euro Pachtgebühren. Hinzu kommen



Windenergieanlagen in der Agrarlandschaft - nachhaltige Energieerzeugung bei minimaler Flächenbeanspruchung

jährlich rund 650.000 Euro Einnahmen für die Parkplätze an der Geierlay-Brücke. Zusammen mit der zusätzlichen Gewerbesteuer, die vor allem aus der gut laufenden Gastronomie stammt, steht Mörsdorf heute jährlich ein Etat von einer Million Euro zur Verfügung. Einnahmen, die sofort wieder investiert werden. In den Bau der Geierlay-Brücke zum Beispiel.

Wem gehört das Land? Der französische Kaiser Napoleon Bonaparte enteignete ab 1799 während der Säkularisation die Kirchen und gab das Land den Gemeinden. Doch im Gegensatz zu vielen Kommunen in Deutschland verkauften die Gemeinden im Rhein-Hunsrück-Kreis ihr Land nie an Investoren. So stehen heute 90 Prozent der 279 Windräder auf gemeindeeigenem Grund und Boden. Die Gemeinden beziehen rund sieben Prozent Pacht aus den Erträgen für jedes Windrad, in der Summe sind das im Rhein-Hunsrück-Kreis rund acht bis zehn Millionen Euro pro Jahr.

Nach der Veranstaltung der Struktur- und Genehmigungsdirektion in Rheinland-Pfalz, »Klimaschutz durch Bauleitplanung«, wollen die Verantwortlichen die Handhabung von Flächen künftig aktiv steuern. Zum Beispiel mit Potenzialanalysen für Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen und aktualisierten Flächennutzungsplänen.

Kontakt: martin.buennagel@zon-verlag.de

Dieser Beitrag ist auch digital verfügbar unter www.geodaesie.info.